

Wahlprüfstein Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung Münster

Thema 1: Reproduktive Gesundheit

Werden Sie sich für die Verankerung eines Grundrechts auf sexuelle und reproduktive Gesundheit innerhalb der Charta der Grundrechte der EU einsetzen?

Ja, dies ist eine unserer Forderungen, zusammen mit einer EU-Charta der Frauenrechte, in der Mindeststandards in Sachen Gleichstellung und Frauenrechte definiert werden sollen. Frauen haben ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung und ein Recht darauf, über ihren Körper, ihre Familienplanung und ihr Sexualleben selbst zu entscheiden. Dieses Recht wollen wir als SPD stärken.

Thema 2: Menschenrechte

Angesichts dessen, dass die Charta der Grundrechte der EU und die Europäische Menschenrechtskonvention bereits reproduktive Rechte umfassen, muss der Zugang zu sicheren Schwangerschaftsabbrüchen gewährleistet werden. Werden Sie sich dafür einsetzen oder gegen die Menschenrechtskonvention im Punkte

Die SPD unterstützt das Recht auf und den Zugang zu einem sicheren und legalen Schwangerschaftsabbruch. Bei dieser schwierigen Lebensentscheidung sollen die Betroffenen unterstützt und nicht im Stich gelassen werden. Das muss auch für das medizinische Personal gelten, das sich auf klare EU-weite Haftungsfragen verlassen können soll. Gesundheits- und lebensgefährdende Eingriffe, die illegal erfolgen, und den EU- Schwangerschaftsabbruch-Tourismus lehnen wir ab. Deshalb setzen wir uns umfänglich für dieses Recht ein. Das haben wir auch bei der Abstimmung im Europäischen Parlament im April 2024 deutlich gemacht, indem wir einer Resolution zugestimmt haben, in der gefordert wird, das Recht auf Abtreibung in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu verankern.

Thema 3: Gesundheitsversorgung LGBTQI*

Wie werden Sie sicherstellen, dass alle Mitgliedsstaaten ihre menschenrechtlichen Verpflichtungen, insbesondere bezogen auf den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung sowie auf die Rechte von LGBTQI*-Personen, einhalten?

Wie bereits in der Vergangenheit werden wir weiterhin ein Auge auf die Mitgliedsstaaten haben, in denen die Rechte von LGBTQI* Menschen unter Druck geraten oder gar abgeschafft werden. Dies machen wir über Initiativberichte, Resolutionen und direkten Kontakt mit den betroffenen Regierungen. Zudem werden wir anstreben, möglichst viele Punkte bezüglich des Zugangs zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung durch Verordnungen zu regeln. Denn diese gelten automatisch in allen EU-Mitgliedstaaten und ermöglichen den Betroffenen, ihre Rechte gerichtlich einzuklagen.

Thema 4: Gender Equality

Werden Sie sich für eine umfassende Überarbeitung der Gender Equality Strategie der EU-Kommission und veranlassen und in der Neuauflage ab 2025, eine umfassende Verankerung von sexuellen und reproduktiven Rechten, inklusive dem Recht auf sichere, legale und kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche einsetzen?

Dafür setzen wir uns selbstverständlich, wie in der Vergangenheit auch, ein. Die europäische Gleichstellungsstrategie muss weiterhin effektiv umgesetzt werden, insbesondere in Form qualitativer und quantitativer Maßnahmen. Die Strategie sollte, unter Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen und mit einem eigenen Budget ausgestattet, für die Zeit von 2025 bis 2030 erneuert werden. Die Strategie selbst wird jedoch von der Europäischen Kommission verfasst und verabschiedet, die bei diesem Thema eine eher zurückhaltende Position vertritt.

Im Übrigen sei auf die Antworten zu den Fragen 1 und 2 verwiesen.

Thema 5: Außerdem fordern wir bessere Partizipationsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen

Wie können Sie die finanzielle Unterstützung für sexuelle und reproduktive Rechte und gezielte finanzielle Förderung für zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter, sexuelle und reproduktive sowie die Rechte von Angehörigen der LGBTQI*-Community einse

Die EU unterstützt bereits generell zivilgesellschaftliches Engagement, das ebenfalls die reproduktive und sexuelle Gesundheit sowie die damit verbundenen Rechte stärkt. Dies unterstützen wir

uneingeschränkt und werden uns für die Fortsetzung entsendender Programme zur Finanzierung dieses Engagements einsetzen.

Thema 6: Analyse der Qualität und der Sicherheit von Schwangerschaftsabbrüchen

Wie werden Sie eine systematische Analyse der Qualität und Sicherheit von Schwangerschaftsabbrüchen in allen EU-Mitgliedsstaaten umsetzen? Eine Möglichkeit der Umsetzung wäre hier die Aufnahme von sexueller und reproduktiver Gesundheit in die Analysen der Country Health Profiles der EU-Kommission.

Dies ist bereits seit langem eine unserer Forderungen, die jedoch bisher nicht umgesetzt werden konnte. Wir geben nicht auf und werden uns weiter für die Aufnahme von sexueller und reproduktiver Gesundheit in die Analysen der Country Health Profiles der EU-Kommission einsetzen.

Thema 7: Wir fordern, dass die EU in ihrer gesamten Außen- und Entwicklungspolitik und in ihrer humanitären H

Hierzu muss explizit der Zugang zu Verhütungsmitteln sowie zu sicheren, legalen und kostenfreien Schwangerschaftsabbrüchen und eine evidenzbasierte Gesundheitsversorgung von Müttern und LGBTQI* Personen gehören. Werden Sie sich dafür einsetzen?

Selbstverständlich. Wir sind der Meinung, dass die Schwangerschaftsabbrüche kostendeckend durch die Krankenkassen finanziert und Teil des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenkassen werden sollen. Wir wollen auch ein inklusives Gesundheitswesen und streben eine bedarfsorientierte, diskriminierungsfreie Versorgung von LGBTQI* Personen an. Ferner sind wir der Meinung, dass Menschen in der Familienplanung selbstbestimmte Entscheidungen treffen können müssen. Verhütungsmittel sollten unabhängig vom Einkommen zugänglich sein. Deswegen wollen wir einen kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln für Menschen, die sich diese nicht leisten können.

Thema 8: finanzielle Förderung von evidenzbasierter Forschung zur reproduktiven Gesundheit

Die Förderungsrichtlinien sollten explizit Forschung zur Verbesserung der Sicherheit von Schwangerschaftsabbrüchen, sowie zur Entwicklung von innovativen Verhütungsmethoden für alle Geschlechter enthalten.

Wir unterstützen diese Ziele und setzen uns für Forschung zur Verbesserung der Sicherheit von operativen und medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen ein. Zudem wollen wir, dass die

Forschung für neue Verhütungsmittel für alle Geschlechter stärker gefördert wird. Die Zulassung von medizinischen Verhütungsmitteln zur Reduktion der Wirkung von Spermien muss trotz Nebenwirkungen erlaubt sein, wenn diese Nebenwirkungen erwiesenermaßen jene Nebenwirkungen bei der Einnahme der bereits zugelassenen Antibabypillen nicht überschreiten.